

Inhalt

Vorwort zur einundzwanzigsten Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	19

Begriff, Funktion und System

Steuern	25
----------------------	-----------

Die Ertragsteuern im Licht der Grundfreiheiten des AEUV	25
1. Die Abgabenaautonomie der Mitgliedstaaten	25
2. Die Grundfreiheiten des AEUV	26
3. Die Begrenzung der nationalen Steuerautonomie durch die Grundfreiheiten des AEUV	26

Die Einkommensteuer

I. Das Leistungsfähigkeitsprinzip – Markteinkommensbesteuerung	29
1. Der historische Ursprung – die finanzwissenschaftliche Basis	29
2. Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes	30
3. Das Leistungsfähigkeitsprinzip in der Lehre	32
4. Die Progression	36
5. Die Periodisierung	38
6. Leistungsfähigkeit, Periodisierung, Progression und Endbesteuerung	40
7. Das Konzept der relativen Sicherheit	44
8. Liebhaberei	45
9. Einkünftezurechnung	49
10. Territorialitätsprinzip	53
II. Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht (§ 1)	54
III. Steuergegenstand	60
1. Einkommen, Einkünfte, Einkunftsarten	60
2. Verlustausgleichssperren	61
3. Die sieben Einkunftsarten	62
4. Abzugsverbote (§ 20)	91
5. Das subjektive Nettoprinzip	95
6. Außergewöhnliche Belastungen und Kinderlasten	95
7. Jahressteuer – Periodenprinzip	98
8. Sonderausgaben	100
IV. Tarif	101
1. Der progressive Staffeltarif nach § 33	101
2. Absetzbeträge	101

Inhaltsverzeichnis

3.	Halber Durchschnittssteuersatz	102
4.	Anwendungsfälle für den halben Durchschnittssteuersatz.....	102
5.	Fixsteuersatz.....	103
6.	Fünftelbefreiung und Halbsatz	103
7.	Verteilung auf mehrere Jahre („Mehrperiodenbesteuerung“)	103
8.	Lohnsteuer	103
9.	Lineare Steuer nach § 27a und § 30a	104
10.	Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung (Art 7 B-VG).....	105
V.	Das Zufluss-Abfluss-Prinzip.....	108
1.	Jahressteuer	108
2.	Zwei Prinzipien der Periodenzurechnung	108
3.	Zufluss-Abfluss	108
4.	Vorausverfügungen.....	108
5.	Vorauszahlungen	109
6.	Abfluss.....	109
7.	Kurze-Zeit-Regel für regelmäßig wiederkehrende Einnahmen und Ausgaben ..	110
8.	Verteilung von Vorauszahlungen.....	110
9.	Erfolgsneutrale Vermögensumschichtungen	111
10.	Einnahmen-Ausgaben-Rechner (§ 4 Abs 3).....	113
11.	Nachzahlungstatbestände	114
12.	Schecks, Wechsel, Kreditkarten und Gutschriften	114
VI.	Die Gewinnermittlung durch Vermögensvergleich (Bilanzierung)	115
1.	Der Vermögensvergleich als Periodisierungsprinzip.....	115
2.	Entnahmen und Einlagen.....	115
3.	Betriebsvermögen und Privatvermögen	117
4.	Die Gewinnermittlungsarten	120
5.	Die doppelte Buchführung	128
6.	Die Grundsätze der Bilanzierung	128
7.	Die Bewertung (§ 6).....	139
8.	Absetzung für Abnutzung (§§ 7, 8 und 13).....	150
9.	Rückstellungen (§ 9)	159
10.	Übertragung stiller Reserven (§ 12).....	163
11.	Forschungsprämien und Spendenabzug	165
12.	Gewinnfreibetrag (§ 10)	167
13.	Investitionsfreibetrag (§ 11)	167
VII.	Personengesellschaften.....	168
1.	Das Durchgriffsprinzip.....	168
2.	Der Grundsatz der geringsten gewerblichen Tätigkeit.....	170
3.	Die „Bilanzbündeltheorie“ und Ergänzungsbilanzen	170
4.	Die Hinzurechnungsregel.....	180
5.	Die Abgrenzung von Mitunternehmerschaften	185
6.	Außerbetriebliche Personengesellschaften/Personengemeinschaften.....	187
7.	Die Einkünftefeststellung (§ 188 BAO).....	189
VIII.	Die beschränkte Steuerpflicht (§§ 98 ff).....	191

IX.	Doppelbesteuerungsabkommen	193
X.	Veranlagung	201
1.	Steuererklärungspflicht	201
2.	Veranlagung auf Antrag	202
3.	Antragslose Veranlagung	202
4.	Einkommensteuerbescheid	202
XI.	Finanzpolitische Einordnung	203

Die Körperschaftsteuer

I.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	205
1.	Steuersubjekt	205
2.	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	205
3.	Geschäftsleitung oder Sitz als Auslöser unbeschränkter Steuerpflicht	205
4.	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	206
5.	Nichtrechtsfähige Zweckvermögen (§ 3)	209
6.	Zwei Arten der beschränkten Steuerpflicht	209
7.	Gemeinnützige und mildtätige Körperschaften sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften	211
8.	Beginn und Ende der Steuerpflicht (§ 4)	214
II.	Einkommen, Einkommensermittlung	215
1.	Periodenprinzip, Einkunftsart, Gewinnermittlung	215
2.	Einlagen und Einlagenrückzahlungen	216
3.	Offene und verdeckte Gewinnausschüttungen	219
4.	Die Einlage von Forderungen der Gesellschafter	225
III.	Beteiligungsertragsbefreiungen und Hinzurechnungsbesteuerung (§ 10 und § 10a)	226
1.	Ausschüttungen innerhalb von Österreich	226
2.	Ausschüttungen vom Ausland nach Österreich	227
3.	Ausschüttungen von Österreich ins Ausland	237
4.	Hinzurechnungsbesteuerung	239
IV.	Die Gruppenbesteuerung (§ 9)	245
1.	Die individuelle Gewinnermittlung	246
2.	Die Gruppenmitglieder	246
3.	Der Gruppenträger	246
4.	Die qualifizierte Beteiligung	247
5.	Die Dauer der qualifizierten Beteiligung	249
6.	Die Mindestdauer der Unternehmensgruppe	250
7.	Die Erfolgskonsolidierung	250
8.	Der Steuerausgleich	252
9.	Keine Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen an Gruppenmitgliedern (§ 9 Abs 7)	254
10.	Der Gruppenantrag (§ 9 Abs 8)	255

Inhaltsverzeichnis

11.	Änderungen einer Unternehmensgruppe (§ 9 Abs 9).....	255
12.	Zwei Beispiele zur Gruppenbesteuerung – Voll- und Quotenkonsolidierung.....	256
V.	Sonderausgaben, Abzüge und Abzugsverbote (§§ 8 Abs 4, 11 und 12)	257
1.	Sonderausgaben, Verlustabzug, Mantelkauf (§ 8 Abs 4).....	257
2.	Abzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben (§ 11).....	258
3.	Nichtabzugsfähige Aufwendungen und Ausgaben (§ 12).....	259
VI.	Privatstiftungen (§ 13).....	263
1.	Die Grundstruktur.....	263
2.	Die Stiftungseingangssteuer.....	263
3.	Die Art der Einkunftsermittlung.....	266
4.	Die Besteuerung.....	267
5.	Substanzauszahlungen.....	269
6.	Widerruf.....	270
7.	Die Vorteile in der laufenden Besteuerung.....	270
8.	Die Differenzierung zwischen Alt- und Neusubstanz.....	271
VII.	Hybride Gestaltungen.....	271
VIII.	Tarif und Veranlagung.....	272
1.	Linearer Regelsteuersatz (§ 22).....	272
2.	Freibetrag für gemeinnützige/mildtätige/kirchliche Körperschaften (§ 23).....	272
3.	Sanierungsgewinne (§ 23a).....	272
4.	Mindestkörperschaftsteuer (§ 24 Abs 4).....	273
5.	Erklärung, Veranlagung, Vorauszahlungen.....	273
IX.	GloBE „Global Anti-Base Erosion“.....	273
X.	Finanzpolitische Einordnung.....	274
	Die Besteuerung von Personen- und Kapitalgesellschaften im Vergleich.....	275
	Der gespaltene Kapitalmarkt für Aktien/GmbH-Anteile.....	282

Das Umgründungssteuergesetz

I.	Formwechselnde Umwandlungen.....	283
II.	Die Gewinnrealisierung bei anderen Umwandlungen.....	284
III.	Die steuerlichen Erleichterungen nach dem Umgründungssteuergesetz.....	284
IV.	Einbringung (Artikel III).....	286
1.	Die Einbringung eines Einzelunternehmens in eine Kapitalgesellschaft.....	287
2.	Die Buchwerteinbringung.....	287
3.	Das Wahlrecht in der Unternehmensbilanz.....	293
4.	Die Kapitalrücklage.....	293
5.	Einlagenstand und Einlagenrückzahlung (§ 4 Abs 12 EStG).....	294

6.	Die zwei Schranken und die Aufspaltung des steuerlichen Eigenkapitals in die zwei Kategorien Einlage- und Gewinn-Kapital	294
7.	Die steuerlichen Anschaffungskosten der Gesellschaftsanteile des Einbringenden	296
8.	Die Ausschüttungssperre nach § 235 UGB	296
9.	Das Zurückbehalten von Wirtschaftsgütern	297
10.	Die „Hälfte-Buchentnahme“ (§ 16 Abs 5)	299
11.	Verträge zwischen dem Einbringenden und der übernehmenden Körperschaft (§ 18)	302
12.	Die dreifache Begünstigung von Einbringungen	303
13.	„Überentnahmen“	303
V.	Verschmelzung (Artikel I)	304
VI.	Spaltung (Artikel VI)	309
1.	Aufspaltung	309
2.	Abspaltung.....	310
VII.	Umwandlung (Artikel II).....	312
VIII.	Zusammenschluss (Artikel IV)	316
IX.	Realteilung (Artikel V).....	320
X.	Mehrfachzüge (§ 39).....	323
XI.	Vertragsübernahme und Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse (§§ 41 und 42).....	323
1.	Vertragsübernahme	323
2.	Nachfolge in lohnsteuerliche Verhältnisse	324
XII.	Anzeige- und Evidenzpflicht (§ 43 UmgrStG)	324
1.	Adressaten der Offenlegung.....	324
2.	Offenlegungsfrist.....	324
3.	Umgründungsevidenz auf Gesellschafterebene	324

Die Umsatzsteuer

I.	Das Besteuerungskonzept	325
II.	Mehrwertsteuer contra Bruttoumsatzsteuer	326
1.	Bruttoumsatzsteuer	326
2.	Nachteile der Bruttoumsatzsteuer	327
3.	Mehrwertsteuer.....	327
4.	Vorteile der Mehrwertsteuer.....	328
5.	Nachteile der Mehrwertsteuer	329
6.	Systemwidrigkeit.....	329
7.	Merkmale der Umsatzsteuer.....	329

Inhaltsverzeichnis

III. Der Unternehmer (§ 2)	330
1. Drei Merkmale	330
2. Selbständigkeit	331
3. Nachhaltigkeit	333
4. Einnahmenerzielung und wechselseitige finale Verknüpfung.....	333
5. Zinseinnahmen	334
6. Ausschüttungen, Mitgliederpflege und Hoheitsverwaltung.....	335
7. Liebhaberei	336
8. Anlaufphase.....	338
9. Juristische Personen und Personengesellschaften	338
10. Körperschaften öffentlichen Rechts	339
11. Weltunternehmer	340
12. Organschaft	340
13. Eine Kurzbeschreibung der Unternehmerqualität	343
IV. Lieferungen und sonstige Leistungen (§§ 3, 3a)	343
1. Lieferungen und sonstige Leistungen mit Leistungsort Österreich.....	344
2. Die Bestimmung des Leistungsgegenstandes.....	344
3. Leistungsaustausch oder Schadenersatz.....	350
4. Leistungsaustausch oder Kräftebündelung im Sinn einer Leistungsvereinigung zur Verfolgung gemeinsamer Interessen.....	353
V. Die Bemessungsgrundlage bei Lieferungen und sonstigen Leistungen (§ 4)	355
1. Das Entgelt	355
2. Entgeltsminderungen.....	356
3. Entgelt von dritter Seite.....	356
4. Pauschales Entgelt.....	357
5. Die Differenzbesteuerung.....	358
6. Der Normalwert.....	360
7. Angemessene Entgelte bei einem Verstoß gegen das Verbot der Einlagenrückgewähr nach §§ 52 und 56 AktG/§§ 82 und 83 GmbHG.....	361
VI. Der Eigenverbrauch	362
1. Der Konsum von Unternehmern aus ihren Unternehmen	362
2. Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltlich erbrachte Lieferungen und sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	364
3. Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltliche Lieferungen an Konsumenten.....	365
4. Umsatzsteuer auf Kostenbasis („Kosten-USt“) für unentgeltliche Lieferungen an andere Unternehmer.....	366
5. Keine Umsatzsteuer bei Begünstigungen der Allgemeinheit	366
VII. Einführen	367
VIII. Der Leistungsort	367
1. Der Lieferort.....	367
2. Ort sonstiger Leistungen	373

IX.	Der Vorsteuerabzug	377
1.	Die Unternehmerkette	377
2.	Drei Voraussetzungen	378
3.	Die Zuordnung zur Unternehmenssphäre mit Vorsteuerabzug	379
4.	Umsatzsteuerbefreiungen	383
5.	Die Verwendung der Leistungsbezüge	385
6.	Erleichterung des Vorsteuerabzugs bei Reisekosten (§ 13).....	391
7.	Vorsteuerabzug nach Durchschnittssätzen (§ 14).....	392
8.	Der doppelte Vorsteuerfilter bei Leistungsbezügen in einem anderen Mitgliedstaat (§ 21 Abs 9 und 11)	392
9.	Leistungsaustausch und Vorsteuerabzug im Überblick.....	392
10.	Erstattung rechtsgrundlos gezahlter Umsatzsteuer.....	393
X.	Rechnungen (§ 11)	394
1.	Voraussetzung für den Vorsteuerabzug.....	394
2.	Mehrwertsteuergerechte Rechnungen	394
3.	Anzahlungen.....	396
4.	Reverse Charge-Rechnungen (§ 11 Abs 1a und § 19 Abs 1 bis Abs 1e).....	396
5.	Kleinbetragsrechnungen (§ 11 Abs 6)	398
6.	Gutschriften (§ 11 Abs 7 und 8)	398
7.	Unrichtiger USt-Ausweis	398
8.	Berichtigung von unrichtigen Rechnungen.....	399
9.	Unberechtigter Steuerausweis	400
10.	Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 16)	401
11.	Rechnungsberichtigung aufgrund von Entgeltsänderungen.....	402
12.	Preisnachlassgutscheine/Preiserstattungsgutscheine.....	402
13.	Gutscheine.....	403
XI.	Echte und unechte Befreiungen (§§ 6 ff)	404
XII.	Steuersätze (§ 10)	409
XIII.	Die Binnenmarktregelung	411
1.	Wegfall der Grenzen innerhalb der EU	411
2.	Übergangsregelung für die Besteuerung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten	412
3.	Inneregemeinschaftliche Lieferungen und inneregemeinschaftliche Erwerbe im Binnenhandel zwischen Unternehmern.....	412
4.	Konsignationslagerregelung.....	416
5.	Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (UID)	417
6.	Ursprungslandprinzip bei Konsumenten.....	418
7.	Inneregemeinschaftlicher Versandhandel.....	418
8.	Schwellenerwerber	420
9.	Zusammenfassende Meldung (ZM)	422
10.	Sonderfälle.....	423
11.	One-Stop-Shops (§ 3a Abs 13 iV mit § 25a und Art 25a).....	424

Inhaltsverzeichnis

XIV. Das Einhebungsverfahren	424
XV. Ausländische Unternehmer	427
1. Die Einbehaltungspflicht nach § 27 Abs 4	427
2. „Reverse Charge“ („Zahllastumkehr“) nach § 19 Abs 1	428
3. Vorsteuerabzug für ausländische Unternehmer	428
4. Eine Veranlagungspflicht schließt ein Erstattungsverfahren aus	430
XVI. Finanzpolitische Einordnung	431

Die Grunderwerbsteuer

I. Der Steuergegenstand	432
1. Die Grunderwerbsteuerbaren Vorgänge (§ 1).....	432
2. Inländische Grundstücke (§ 2)	436
3. Ausnahmen von der Besteuerung (§ 3).....	437
II. Die Bemessungsgrundlage (§§ 4 bis 6).....	439
III. Der Tarif (§ 7)	443
1. Der Regelsteuersatz.....	443
2. Der Stufentarif.....	443
3. Das Stiftungseingangssteueräquivalent.....	444
4. Gesellschafterwechsel bei Personengesellschaften nach § 1 Abs 2a und Erwerb von mindestens 95 % der Anteile oder des Vermögens einer Kapitalgesellschaft mit Grundbesitz	444
5. Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke beim Erwerb in der Familie.....	444
6. Umgründungen nach dem Umgründungssteuergesetz	445
7. Ratenzahlung auf Antrag	445
IV. Steuerschuld und Steuerschuldner (§§ 8 ff).....	445
V. Nichtfestsetzung oder Abänderung der GrESt (§ 17)	446
VI. Verhältnis zur Umsatzsteuer	448
VII. Finanzpolitische Einordnung	448

Die Eintragungsgebühr nach TP 9 und §§ 26 und 26a GGG

I. 1,1 % vom Preis im gewöhnlichen Geschäftsverkehr oder vom dreifachen Einheitswert.....	449
II. Die Grundregel: 1,1 % Gebühr für die Eintragung des Eigentums im Grundbuch vom gemeinen Wert.....	449
III. Näherungswerte nach § 26 Abs 3	450
IV. GrESt und Eintragungsgebühr.....	451

V.	Die Begünstigung mit dem dreifachen Einheitswert, maximal 30 % des gemeinen Wertes (§ 26a).....	452
1.	Die begünstigte Familie.....	452
2.	Umgründungen, Realteilung, Erwerbe zwischen Gesellschaften und ihren Gesellschaftern, Anteilsanwachsung.....	452
3.	Formzwang.....	453

Die Meldepflicht für Schenkungen nach dem Schenkungsmeldegesetz 2008 (SchenkMG 2008)

I.	Die Aufhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer	454
II.	Die Meldepflicht für Schenkungen ab 1. August 2008	454
III.	Die sachliche Reichweite der Meldepflicht	455
IV.	Die persönlichen Meldepflichtkriterien.....	455
V.	Befreiungen	455
VI.	Die Anzeigepflichtigen.....	456
VII.	Keine Meldepflicht für Erwerbe von Todes wegen und für Grundstücksschenkungen	456
VIII.	Sanktionen bei einer Verletzung der Meldepflicht	456

Die Gebühren nach dem GebG

I.	Die Gebührentatbestände im Überblick.....	458
1.	Feste Gebühren; Hundertsatzgebühren; Bogengebühren	458
2.	Die gebührenauslösenden Schriften und Amtshandlungen (§ 14)	458
3.	Die Gebühren für Rechtsgeschäfte.....	460

Aufzählung der gebührenpflichtigen Rechtsgeschäfte in § 33	462
---	------------

II.	Befreiungen	466
III.	Die Gebühren im Verhältnis zu anderen Verkehrsteuern	466
IV.	Anzeigepflicht; Selbstberechnung.....	467
1.	Anzeigepflicht (§ 31).....	467
2.	Selbstberechnung.....	467
V.	Gebührenerhöhung (§ 9).....	467
VI.	Verjährung	467
VII.	Keine Finanzstrafen	468
VIII.	Besteuerungswillkür und Erschwerung der Beweisvorsorge.....	468

Inhaltsverzeichnis

Das Abgabenverfahren (BAO)

I.	Zuständigkeit	469
1.	Der organisatorische Aufbau der Bundesfinanzverwaltung	469
2.	Sachliche Zuständigkeit	470
3.	Örtliche Zuständigkeit	472
II.	Der Informationsfluss vom Abgabepflichtigen zur Abgabenbehörde	472
III.	Der Abgabenbescheid (§§ 92 ff)	476
1.	Schriftform	476
2.	Bescheidkopf	476
3.	Bescheidspruch	476
4.	Bescheidbegründung	477
5.	Rechtsmittelbelehrung	478
IV.	Der Auskunftsbeseid (§ 118)	478
V.	Die multilaterale Risikobewertung (§ 118b)	478
VI.	Die begleitende Kontrolle (§§ 153a ff)	479
VII.	Die Beschwerde (§§ 243 ff)	480
1.	Bescheidzustellung	480
2.	Beschwerdefrist	480
3.	Beschwerdeinhalt	481
4.	Keine aufschiebende Wirkung	481
5.	Aussetzung der Einhebung; Aussetzungs-, Stundungs-, Anspruchs-, Nachforderungs-, Gutschrifts-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinsen	482
6.	Neues Vorbringen und Verfahrensförderungspflicht	483
7.	Beschwerdevorentscheidungen	484
8.	Freie Beweisführung; freie Beweiswürdigung	486
9.	Die Maßnahmenbeschwerde	487
VIII.	Das Bundesfinanzgericht (BFG)	488
1.	Ein faires Verfahren	488
2.	Das BFG als vorlageberechtigtes Gericht nach Art 267 AEUV	490
3.	Einzelrichter oder Senat	490
4.	Mündliche Verhandlungen	491
5.	Erlöschen der Aussetzung der Einhebung	491
6.	Veröffentlichung der Entscheidungen	491
7.	Ende des ordentlichen Rechtszuges	492
8.	Außerordentlicher Rechtszug zum VwGH und/oder VfGH	492
IX.	Revision an den Verwaltungsgerichtshof (Art 133 B-VG)	492
1.	Die Revision	492
2.	Begrenzte Sachverhaltskontrolle	493
3.	Neuerungsverbot	493
4.	Revisionspunkte	493

5.	Entscheidungen	494
X.	Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (Art 144 B-VG) – Der Schutz in Grundrechten und eine effiziente Normenkontrolle.....	494
XI.	Die Verjährung	497
1.	Die Festsetzungsverjährung/Bemessungsverjährung	497
2.	Die Einhebungsverjährung	498
3.	Streitanhängige Abgaben verjähren nicht.....	499
4.	Wiederaufnahme und Verjährung.....	500
XII.	Rechtskraftdurchbrechungen	500
1.	Bescheidaufhebung durch die bescheiderlassende Behörde (§ 299).....	500
2.	Ereignisse mit Rückwirkung für die Vergangenheit (§ 295a)	501
3.	Wiederaufnahme von Verfahren (§ 303)	503
XIII.	Wiedereinsetzungsantrag.....	505
XIV.	Entscheidungspflicht/Recht auf Entscheidung.....	505
1.	Säumnisbeschwerde	505
2.	Aussetzung der Entscheidung	506
3.	Fristsetzungsantrag beim Verwaltungsgerichtshof.....	506
XV.	Verfahrenskosten	507
XVI.	Einheitliches Abgabenverfahren für Bundes-, Landes- und Gemeindeabgaben	507
Spezielle Verfahren zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung		
I.	Verständigungsverfahren.....	509
II.	Schiedsklauseln der DBA.....	509
III.	Der EuGH als Hüter einer konsistenten Einmal erfassung in der Ertragsbesteuerung.....	510
IV.	Streitbeilegungsbeschwerden in der EU: Schiedsverfahren nach dem EU-BStbG	511
V.	Eine alternative Streitbeilegung nach dem EU-BStbG.....	512
VI.	Das Unionsrecht verpflichtet zu einem wirksamen Rechtsschutz	512
VII.	Die begrenzte Rechtskraft der Entscheidungen nationaler Gerichte.....	513
XIII.	Internationale Schiedsgerichte mit einer umfassenden Rechtskraftwirkung für Abgabepflichtige und Staaten.....	513

Inhaltsverzeichnis

Digitalsteuer.....	515
Meldepflicht für grenzüberschreitende Gestaltungen.....	517
Verzeichnis der verarbeiteten EuGH-Judikatur.....	519
Stichwortverzeichnis.....	527